

Diskussionsabend mit Martin Burkert (MdB)

vom 16. Juni 2016

Rente - Altersarmut

Einführung der im Koalitionsvertrag vereinbarten solidarischen Lebensleistungsrente
ODER grundlegende Reform der gesetzlichen Rente?

DEN LEBENSSTANDARD IM ALTER SICHERN! – durch Anhebung des Rentenniveaus – einer besseren Bewertung von Zeiten der Langzeitarbeitslosigkeit – Vollendung der Reform der Renten wegen Erwerbsminderung – einem gleitenden Übergang statt Rente mit 70 - Aufbau einer Demographie-Reserve statt Beitragssenkung - Ausweitung der Steuerfinanzierung im Rahmen des paritätischen Modells – Finanzierung der Mütterrente über Steuermittel – eine Versicherung für alle Erwerbstätigen

Zu Beginn der Diskussion stellt Martin Burkert nachfolgendes dar.

- Beim Mindestlohn gibt es eine starke Diskussion in Europa wegen Kapetage (Lkw entlädt in Deutschland und müsste leer zurückfahren! Nur Polen und Belgien behaupten, dass Mindestlohn auch beim Durchfahren bezahlt werden muss.
- Bayern will Kontrolle vom Zoll auf die Rentenversicherung verlagern (Mittelstand schützen?? Ähnlich bei den Steuerfahndern?).
- Wir mit Manuela Schwesig MdB wollen Ungleichheit bei Frauen und Männern bei gleicher Tätigkeit von bis zu 22 % aufheben. Vgl. Leiharbeitsbegrenzungen und Equal Pay.

Zur Rente wurde einiges erreicht. Jürgen Wechsler IGMetall bestätigt, dass wir große Schritte aufeinander zugegangen sind und bestärkt die SPD. Anerkennung von Pflege- und Kindererziehungszeiten werden anerkannt usw. Höhere Mütterrente wurde durchgesetzt und trotz bayerischen Alleingang. Mehr Erwerbsminderungsrente seit 1.7.2014; höheres Reha-Budget für berufliche und gesundheitliche Rehabilitation, damit Häuser besser ausgelastet sind. Rente mit 63 nach 45

Versicherungsjahren funktioniert. Rentensteigerungen sind auch durch die Lohnabschlüsse begründet. Finanzierung der Rentenangleichung ab 2019 Ost und West kostet wohl etwa 3,3 Mrd. €. Mütterrente wird künftig über die Länder finanziert; Bayern zahlt aus dem Landessteuerhaushalt; andere Länder finanzieren eher Kita-Ausbau. Solidarische Lebensleistungsrente in der Diskussion von 890 Euro pro Monat ab 2017, die vor Altersarmut schützen soll. Zukunft der Rente wird Wahlkampfthema und die CSU könnte uns im Reden und in Forderungen links überholen. Umfragen sind bedenklich und vorläufig, wegen AfD (z. Z. 17-19 %) treiben um: CSU in Bayern 40-47 %, SPD Bund nur 18-22 %, in Bayern unter 20 %. Strittig sind auch die Betriebsrenten: IGMetall will diese erhalten als tragende Säule, aber tatsächlich nehmen sie insgesamt ab; nur ein Drittel der Betriebe haben Betriebsrenten, Tendenz sinkend, d.h. nicht zuverlässig.

Tarifbindung in Ostdeutschld. unter 50 %, in Westdeutschld unter 70 %. Rede Lammert bei IGMetall-125-Jahr-Jubiläum will auch BetrVG anpacken weil Montanmitbestimmung kaum mehr eine Rolle spielt und die Digitalisierung durchdringt. Abkehr von Rentenniveausenkungen – 50 % soll mit Hilfe von SPD und sogar neuerlich von Seehofer festgeschrieben werden.

Riesterrente: Bestehende Ansprüche genießen Vertrauensschutz; aber Riester wird auslaufen. Burkert stimmte damals gegen die Riesterrente.

Lebensleistungsrente von 900 Euro sind defacto Pfändungsfreigrenze und nur zum Überleben ausreichend. Vgl. Volksabstimmung Schweiz, Automobilindustrie, bisherige Dieselmotoren wird angeblich auslaufen und Digitalisierung rasant zunehmen; vgl. Tempo Dampfmaschine. Deutsche Bahn hat 250 Projekte in der Digitalisierung; vernetztes Fahren ist durch; fliegende Autos werden diskutiert und google experimentiert damit; Auf der A9 sind schon fahrerlose Fahrzeuge. 100 Mio € Zuschüsse zur Rente, aber Prognose 2030 und 2050 2/3 des Bundeshaushalts fließen dann in den Rentenzuschuss. DGB-Bundesvorstand beschloss, dass Rentenkampagne beim Bundestagswahlkampf sein soll. Rührup. Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern ist anzusprechen.

Im Arbeitsgruppenpapier der SPD Bundestagsfraktion wird folgendes deutlich: Prinzip Reha vor Rente stärken, Teilrente modernisieren, Rentenversicherungspflicht, Gerechtigkeitslücken bei Zwangsverrentung entschärfen, Alterssicherungsgeld, u.v.a.